

Kassel documenta Stadt  
Stadtverordnetenversammlung  
Ausschuss für Recht, Sicherheit,  
Integration und Gleichstellung

Geschäftsstelle:  
Büro der  
Stadtverordnetenversammlung  
Andrea Herschelmann  
andrea.herschelmann@kassel.de  
Telefon 0561 787 1226  
Fax 0561 787 2182

Rathaus  
Obere Königsstraße 8  
34117 Kassel  
W 224a

Behördennummer 115  
Rechtshinweise  
zur elektronischen  
Kommunikation  
im Impressum unter  
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die  
Mitglieder  
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration  
und Gleichstellung  
der Stadtverordnetenversammlung  
Kassel

**Kassel** documenta Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

15. Juni 2016  
1 von 2

zur **4.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und  
Gleichstellung lade ich ein für

**Donnerstag, 23. Juni 2016, 17:00 Uhr,  
Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel.**

#### **Tagesordnung:**

- 1. Sicherheitskonzept für Frauen vor sexuellen Übergriffen**  
Antrag der AfD-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dieter Gratzer  
- 101.18.130 -
- 2. Extremismus**  
Anfrage der AfD-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Johannes Zweig  
- 101.18.132 -
- 3. Aktivitäten der salafistischen Szene in Kassel**  
Anfrage der CDU-Fraktion  
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann  
- 101.18.133 -

**4. Maßnahmen zur Vermeidung von Fehlern im Wahlverfahren**

2 von 2

Antrag der CDU-Fraktion

Berichtersteller/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

- 101.18.134 -

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Kortmann  
Vorsitzender

**Niederschrift**

über die 4. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

am **Donnerstag, 23. Juni 2016, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

14. Juli 2016

1 von 14

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU

Dr. Bernd Hoppe, 1. stellvertretender Vorsitzender, Freie Wähler

Dr. Hasina Farouq, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD

Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Helene Freund)

Norbert Sprafke, Mitglied, SPD

Sabine Wurst, Mitglied, SPD

Nikolas Hecht, Mitglied, CDU

Brigitte Thiel, Mitglied, CDU (Vertretung für Saskia Spohr-Frey)

Dr. Andreas Jürgens, Mitglied, B90/Grüne

Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne

Michael Werl, Mitglied, AfD

Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke

Dr. Cornelia Janusch, Mitglied, FDP

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

**Magistrat**

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD (ab 17:34 Uhr)

Hendrik Jordan, Stadtrat, SPD

**Schriftführung**

Andrea Herschelmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Carola Hiedl, Vertreterin des Behindertenbeirates

**Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen**

Anna-Karina Pöckler, Ordnungsamt

Lothar Pflüger, Ordnungsamt

Uwe Fricke, Bürgeramt

Dr. Ute Giebhardt, Frauenbüro

Manfred Merz, Hauptamt

## Tagesordnung:

2 von 14

- |  |            |
|--|------------|
| 1. Sicherheitskonzept für Frauen vor sexuellen Übergriffen                       | 101.18.130 |
| 1.1 Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Kassel                              | 101.18.159 |
| 1.2 Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen                       | 101.18.160 |
| 1.3 Modernes Sexualstrafrecht schaffen und anonyme Spurensicherung sicherstellen | 101.18.162 |
| 2. Extremismus   | 101.18.132 |
| 3. Aktivitäten der salafistischen Szene in Kassel                                | 101.18.133 |
| 4. Maßnahmen zur Vermeidung von Fehlern im Wahlverfahren                         | 101.18.134 |

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 15. Juni 2016 ordnungsgemäß einberufene 4. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Zur Tagesordnung**

Vorsitzender Kortmann teilt mit, dass die Tagesordnung um die als Tischvorlagen verteilten drei Anträge der Fraktionen von CDU; SPD, B90/Grüne, CDU und FDP sowie Kasseler Linke betr. Sicherheit in Kassel erweitert werden soll. Hierüber erfolgt getrennte Abstimmung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: CDU, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag der CDU-Fraktion betr. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Kassel, 101.18.159, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Grüne, CDU und FDP betr.

Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen, 101.18.160, wird **zugestimmt**.

3 von 14

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: CDU, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Ablehnung: SPD

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Modernes Sexualstrafrecht schaffen und anonyme Spurensicherung sicherstellen, 101.18.162, wird **zugestimmt**.

Die Anträge werden als Tagesordnungspunkte 1.1, 1.2 und 1.3 eingereiht und wegen Sachzusammenhangs gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 1 aufgerufen.

Vorsitzender Kortmann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

Vorsitzender Kortmann ruft nun die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3 gemeinsam zur Beratung auf. Die Abstimmung der Punkte erfolgt getrennt.

## 1. Sicherheitskonzept für Frauen vor sexuellen Übergriffen

Antrag der AfD-Fraktion

- 101.18.130 -

### Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen, dass von den zuständigen Landespolizeibehörden unter Einbeziehung des Kasseler Magistrats, der Flüchtlingsverwaltung, des Ordnungsamt der ÖPNV-Verantwortlichen schnellstmöglich ein Konzept erarbeitet und vorgestellt wird, wie die öffentliche Sicherheit, insbesondere für Frauen und Mädchen vor sexuellen Übergriffen in Kassel binnen kürzester Frist verbessert werden kann.

Stadtverordneter Werl, AfD-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

4 von 14

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Sicherheitskonzept für Frauen vor sexuellen Übergriffen, 101.18.130, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Sprafke

### 1.1 Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Kassel

Antrag der CDU-Fraktion  
- 101.18.159 -

## Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit allen zulässigen Mitteln und in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen Sorge dafür zu tragen, dass die Sicherheit aller Kasseler Bürgerinnen und Bürger im gesamten Stadtgebiet spürbar verbessert wird.

Hierzu gehören unter anderem der verstärkte Einsatz von Fußstreifen, der Ausbau der zum Teil bereits heute vorhandenen Videoüberwachung und der Einsatz von weiterem Sicherheitspersonal an entsprechend gefährdeten Bereichen.

Außerdem soll an den Schulen der Stadt ein entsprechendes Angebot zur Ausbildung in Selbstverteidigung eingerichtet werden.

Stadtverordneter Hecht, CDU-Fraktion, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: CDU, AfD

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP, Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --

den

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Kassel, 101.18.159, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Hecht

### 1.2 Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Grüne und FDP  
- 101.18.160 -

#### Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel ist eine offene und bunte Stadt, in der sich besonders auch die Einwohnerinnen ohne Angst selbstbestimmt und frei bewegen können. Die Stadt Kassel hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Angsträume und potentielle Gefahren von sexuellen Übergriffen zu reduzieren. In einem Netzwerk von Akteurinnen und Akteuren wird beständig über sexuelle Gewalt an Frauen beraten und an der Vermeidung solcher Taten gearbeitet. Dennoch kommt es immer wieder zu sexuellen Übergriffen, die uns mit großer Sorge beschäftigen. Daher stellen wir erneut entschlossen fest: Jeder sexuelle Übergriff ist einer zu viel. Die Stadtverordnetenversammlung wird die Opfer sexueller Gewalt nicht alleine lassen. Kassel ist kein Ort für sexuelle Übergriffe auf Frauen. Mit dieser Botschaft bekräftigt die Stadt Kassel erneut ihre Aktivitäten, sexuelle Gewalt an Frauen nach Kräften zu bekämpfen.

1. Die Stadt Kassel unterstützt die Kampagne „Nein heißt Nein!“, mit der der Bundesgesetzgeber aufgefordert wird, eine Neufassung und Verschärfung des Sexualstrafrechtes bundesweit einheitlich vorzunehmen. Die Bereitschaft der Bundesregierung, diesen Grundsatz in das Strafrecht aufzunehmen, begrüßen wir ausdrücklich. Auch für vermeintlich geringfügigere Tatbestände wie verbale Übergriffe oder „Grapschen“ braucht es eindeutige gesetzliche Regelungen zum Schutz der Frauen. Das Strafrecht ist Teil der rechtstaatlichen Ordnung, die in Deutschland für alle Menschen gilt.

2. Das Land Hessen ist für die Verfolgung von Straftaten zuständig. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft ermitteln regelmäßig und gründlich beim Anfangsverdacht sexueller Gewalt – unabhängig von der Herkunft des Täters, des sozialen Status, des familiären Hintergrundes oder sonstiger Merkmale. Wir fordern das Land Hessen auf, in diesem Bemühen nicht nachzulassen und danken für die bisherige Zusammenarbeit und den Informationsaustausch.
3. Die Stadt Kassel ermutigt Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt wurden, sich den staatlichen Stellen anzuvertrauen. Durch die Möglichkeit zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung im Klinikum besteht in Kassel zusätzlich die Möglichkeit, dass Frauen sich vertrauensvoll und anonym an medizinische Fachkräfte wenden können. Und selbst entscheiden können, wann die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wird. Diese Aufklärungsarbeit fördert die Stadt Kassel in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel weiterhin.
4. Die Stadt Kassel wird weiterhin den jährlichen Präventionstag organisieren, um die Kasseler Bevölkerung über Möglichkeiten des zivilen Engagements gegen Gewalt zu informieren und gerade auch gegen sexuelle Gewalt an Frauen entschlossen vorzugehen. Das Motto „Gewalt – Sehen – Helfen“ steht seit vielen Jahren für die präventive Arbeit der Stadt Kassel.
5. Den fortlaufenden Austausch mit den Sicherheitsorganen wie Polizei und Staatsanwaltschaft sowie engagierter Vereine und Verbände mit der Stadt Kassel wollen wir über Runde Tische zum Beispiel auch im Austausch mit dem Landkreis Kassel weiterführen. Unabhängig von der medialen Darstellung und der subjektiven Empfindung muss der fachliche Austausch von Informationen zum Beispiel der Kriminalstatistik oder für aktuelle Phänomene Vorrang haben vor unsachlichem Aktionismus.
6. Die Stadt Kassel hat die Ereignisse von Köln zum Anlass genommen, innerhalb der Stadtgrenzen ähnliche Ereignisse verstärkt zu ermitteln, um im Vorfeld von Veranstaltungen mit den Sicherheitsbehörden geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört auch, Frauen über die Vorgehensweise potentieller Täter und Tätergruppen zu informieren und so auch zu schützen. Das systematische und organisierte Vorgehen von mehreren Personen gegen eine Frau ist ein krimineller Ablauf, der nicht unbemerkt erfolgt. Gerade im öffentlichen Raum oder bei Großveranstaltungen werden wir in der Stadt Kassel genau hinschauen. Wir rufen die Kasseler Bevölkerung auf, diese Art von Vorgängen bei den zuständigen Stellen zu melden.



7. Die Stadt Kassel wird weiterhin die Arbeit von Einrichtungen wie dem Autonomen Frauenhaus, dem Mädchenhaus, der Anlaufstelle für Mädchen Malala in der Kasseler Innenstadt sowie dem Verein Frauen informieren Frauen – FIFe.V. und der Kasseler Hilfe und zahlreichen weiteren Einrichtungen unterstützen und mit ihnen und den staatlichen Organen über Sicherheitsfragen beraten. Bei diesen Akteuren besteht eine hohe konzeptionelle Erfahrungen und Kompetenz, die in der Stadt Kassel seit den frühen 1980er Jahren eine sehr gute Arbeit für den Schutz von Frauen vor sexuellen Übergriffen leisten.

Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag. Im Rahmen der Diskussion macht Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, einen Änderungsvorschlag, der von den Antrag stellenden Fraktionen einvernehmlich übernommen wird.

Stadtverordneter Dr. Hoppe beantragt getrennte Abstimmung über Absatz 1, Ziffer 1, Ziffer 2 und Ziffern 3 – 7.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel ist eine offene und bunte Stadt, in der sich besonders auch die Einwohnerinnen ohne Angst selbstbestimmt und frei bewegen können. Die Stadt Kassel hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Angsträume und potentielle Gefahren von sexuellen Übergriffen zu reduzieren. In einem Netzwerk von Akteurinnen und Akteuren wird beständig über sexuelle Gewalt an Frauen beraten und an der Vermeidung solcher Taten gearbeitet. Dennoch kommt es immer wieder zu sexuellen Übergriffen, die uns mit großer Sorge beschäftigen. Daher stellen wir erneut entschlossen fest: Jeder sexuelle Übergriff ist einer zu viel. Die Stadtverordnetenversammlung wird die Opfer sexueller Gewalt nicht alleine lassen. Kassel ist kein Ort für sexuelle Übergriffe auf Frauen. Mit dieser Botschaft bekräftigt die Stadt Kassel erneut ihre Aktivitäten, sexuelle Gewalt an Frauen nach Kräften zu bekämpfen.

1. Die Stadt Kassel unterstützt die Kampagne „Nein heißt Nein!“, mit der der Bundesgesetzgeber aufgefordert wird, eine Neufassung und Verschärfung des Sexualstrafrechtes bundesweit einheitlich vorzunehmen. Die Bereitschaft der Bundesregierung, diesen Grundsatz in das Strafrecht aufzunehmen, begrüßen wir ausdrücklich. Auch für vermeintlich geringfügigere Tatbestände wie verbale Übergriffe oder „Grapschen“ braucht es eindeutige gesetzliche Regelungen zum Schutz der Frauen. Das Strafrecht ist Teil der rechtstaatlichen Ordnung, die in Deutschland für alle Menschen gilt.

2. Das Land Hessen ist für die Verfolgung von Straftaten zuständig. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft ermitteln regelmäßig und gründlich beim Anfangsverdacht sexueller Gewalt – unabhängig von der Herkunft des Täters, des sozialen Status, des familiären Hintergrundes oder sonstiger Merkmale. Wir fordern das Land Hessen auf, in diesem Bemühen nicht nachzulassen und danken für die bisherige Zusammenarbeit und den Informationsaustausch.
3. Die Stadt Kassel ermutigt Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt wurden, sich den staatlichen Stellen anzuvertrauen. Durch die Möglichkeit zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung im Klinikum besteht in Kassel zusätzlich die Möglichkeit, dass Frauen sich vertrauensvoll und anonym an medizinische Fachkräfte wenden können. Und selbst entscheiden können, wann die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wird. Diese Aufklärungsarbeit fördert die Stadt Kassel in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel weiterhin.
4. Die Stadt Kassel wird weiterhin den jährlichen Präventionstag organisieren, um die Kasseler Bevölkerung über Möglichkeiten des zivilen Engagements gegen Gewalt zu informieren und gerade auch gegen sexuelle Gewalt an Frauen entschlossen vorzugehen. Das Motto „Gewalt – Sehen – Helfen“ steht seit vielen Jahren für die präventive Arbeit der Stadt Kassel.
5. Den fortlaufenden Austausch mit den Sicherheitsorganen wie Polizei und Staatsanwaltschaft sowie engagierter Vereine und Verbände mit der Stadt Kassel wollen wir über Runde Tische zum Beispiel auch im Austausch mit dem Landkreis Kassel weiterführen. Unabhängig von der medialen Darstellung und der subjektiven Empfindung muss der fachliche Austausch von Informationen zum Beispiel der Kriminalstatistik oder für aktuelle Phänomene Vorrang haben vor unsachlichem Aktionismus.
6. Die Stadt Kassel hat die Ereignisse von Köln zum Anlass genommen, innerhalb der Stadtgrenzen ähnliche Ereignisse verstärkt zu ermitteln, um im Vorfeld von Veranstaltungen mit den Sicherheitsbehörden geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört auch, Frauen über die Vorgehensweise potentieller Täter und Tätergruppen zu informieren und so auch zu schützen. Das systematische und organisierte Vorgehen von mehreren Personen gegen eine Frau ist ein krimineller Ablauf, der nicht unbemerkt erfolgt. Gerade im öffentlichen Raum oder bei Großveranstaltungen werden wir in der Stadt Kassel genau hinschauen. Wir rufen die Kasseler Bevölkerung auf, diese Art von Vorgängen bei den zuständigen Stellen zu melden.

7. Die Stadt Kassel wird weiterhin die Arbeit von Einrichtungen wie dem Autonomen Frauenhaus, dem Mädchenhaus, der Anlaufstelle für Mädchen Malala in der Kasseler Innenstadt sowie dem Verein Frauen informieren Frauen – FIFe.V. und der Kasseler Hilfe und zahlreichen weiteren Einrichtungen **mindestens auf dem bestehenden Niveau ideell und finanziell** unterstützen und mit ihnen und den staatlichen Organen über Sicherheitsfragen beraten. Bei diesen Akteuren besteht eine hohe konzeptionelle Erfahrungen und Kompetenz, die in der Stadt Kassel seit den frühen 1980er Jahren eine sehr gute Arbeit für den Schutz von Frauen vor sexuellen Übergriffen leisten.

Absatz 1 und die Ziffern 1 und 2 des geänderten gemeinsamen Antrages werden getrennt zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke  
den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Absatz 1** des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen, 101.18.160, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP

Ablehnung: Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: --  
den

#### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Ziffer 1** des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen, 101.18.160, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Ziffer 2** des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen, 101.18.160, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

**Ziffer 3 - 7** des geänderten gemeinsamen Antrages der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen, 101.18.160, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Dr. Jürgens

### **1.3 Modernes Sexualstrafrecht schaffen und anonyme Spurensicherung sicherstellen**

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.18.162 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung Kassel begrüßt die geplante Reform des Sexualstrafrechts und fordert den Magistrat auf über die Gremien des

Deutschen Städtetages auf die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat einzuwirken, damit

11 von 14

- 1) die gesetzlichen Regelungen so verändert werden, dass alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe gestellt werden.
- 2) eine flächendeckende Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung geschaffen wird und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden.
- 3) über das Bildungssystem und Informationskampagnen dafür sensibilisiert wird, dass Frauen und Kindern ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zusteht und sexuelle Übergriffe strafbar sind.
- 4) für alle Opfer von (Sexual-)Straftaten ein schneller und kostenloser Zugang zu den benötigten Hilfsangeboten sichergestellt wird.

Stadtverordnete Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag Ihrer Fraktion. Im Rahmen der Diskussion beantragt Stadtverordneter Dr. Hoppe, Freie Wähler + Piraten, getrennte Abstimmung der Ziffer 1.

**Ziffer 1** des Antrages wird getrennt zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke

Ablehnung: Freie Wähler + Piraten

Enthaltung: FDP

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke, **Ziffer 1**, betr. Modernes Sexualstrafrecht schaffen und anonyme Spurensicherung sicherstellen, 101.18.162, wird **zugestimmt**.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: B90/Grüne

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion Kasseler Linke, **einschließlich Ziffer 2 – 4**, betr. Modernes Sexualstrafrecht schaffen und anonyme Spurensicherung sicherstellen, 101.18.162, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kaufmann

## 2. Extremismus

Anfrage der AfD-Fraktion

- 101.18.132 -

### Anfrage

#### Prolog

Nach aktuellen Erkenntnissen von Verfassungsschutz, BKA, LKA und kommunalen Polizeibehörden haben Extremismus und damit verbundene politisch und/oder religiös motivierte Straftaten in Deutschland stark zugenommen wobei hier mehr Augenmerk auf die mit der Gewaltkriminalität einhergehenden extremistischen Straftaten wie z.D. Raub, Körperverletzung, Sachbeschädigungen Diebstahl, Brand- und Farbbeutelanschläge etc. und weniger auf sogenannte Propagandadelikte gelegt werden soll.

Wir fragen den Magistrat:

Daher bittet die AfD- Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Kassel um Auskunft darüber, welche Maßnahmen, Methoden und Finanzmittel zur Bekämpfung und Prophylaxe solcher Tendenzen mit welchem Ergebnis bereitgestellt wurden und werden und zwar getrennt nach:

- a. gegen Rechtsextremismus
- b. gegen Linksextremismus
- c. gegen religiös motivierten Extremismus

Des Weiteren bitten wir um Auskunft darüber, ob und wenn ja, in welchem Umfang die Stadtverwaltung direkt oder indirekt (z.B. über das Bündnis gegen Rechts, Freistellung von Arbeitnehmern zu Demos) oder die Antifa logistisch und/oder finanziell unterstützt.

Ob Straftaten in der Stadt mit Benennung der Straftäter nach Alter, Nationalität und Geschlecht erfasst werden und welche dieser Straftaten keine Aufnahme in die aktuelle Polizeistatistik finden, wie z.B. einfacher Ladendiebstahl, Rauschgiftkleinkriminalität, Sachbeschädigung, Kleinbetrügereien, einfache Körperverletzung, Handtaschenraub etc.

Oberbürgermeister Hilgen erklärt, dass die Beantwortung der Anfrage nicht in den Zuständigkeitsbereich des Magistrats fällt. Daraufhin zieht Stadtverordneter Werl, AfD-Fraktion, die Anfrage seiner Fraktion zurück.

**Die Anfrage wurde von der anfragenden Fraktion zurückgezogen.**

### **3. Aktivitäten der salafistischen Szene in Kassel**

Anfrage der CDU-Fraktion  
- 101.18.133 -

#### **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat aktuell über die Aktivitäten der salafistischen Szene in Kassel?
2. Wie beurteilt der Magistrat die Veranstaltung am 07./08.05.2016 in der Al-Madina-Moschee an der Schäfergasse 2?
3. War dem Magistrat im Vorfeld bekannt, dass bei dieser Veranstaltung ein radikalislamischer Prediger auftritt?
4. Waren bei der Überwachung dieser Veranstaltung auch Kräfte des Ordnungsamtes eingesetzt?
5. Was unternimmt der Magistrat, damit künftig derartige Veranstaltungen mit diesen radikalen Hintergründen nicht mehr in Kassel stattfinden?

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Anfrage.

**Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Hilgen erklärt  
Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.**

### **4. Maßnahmen zur Vermeidung von Fehlern im Wahlverfahren**

Antrag der CDU-Fraktion  
- 101.18.134 -

#### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung darzulegen, mit welchen Mitteln und Maßnahmen künftig Fehler der Verwaltung - wie jetzt bei der anstehenden Wiederholungswahl zum Ortsbeirat Mitte geschehen - vermieden werden.

Oberbürgermeister Hilgen nimmt Stellung zu dem Antrag der CDU-Fraktion und bittet Herrn Uwe Fricke, Bürgeramt, die verschiedenen Kriterien des Wahlverfahrens zu erläutern.

Vorsitzender Kortmann, CDU-Fraktion, zieht daraufhin den Antrag seiner Fraktion zurück.

**Der Antrag wurde von der Antrag stellenden Fraktion zurückgezogen.**

**Ende der Sitzung:** 18:40 Uhr

Stefan Kortmann  
Vorsitzender

Andrea Herschelmann  
Schriftführerin



**AfD**

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 3265  
Telefax 0561 787 3266  
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

13. Juni 2016  
1 von 1

Vorlage Nr. 101.18.130

**Sicherheitskonzept für Frauen vor sexuellen Übergriffen**

**Antrag**

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen, dass von den zuständigen Landespolizeibehörden unter Einbeziehung des Kasseler Magistrats, der Flüchtlingsverwaltung, des Ordnungsamt der ÖPNV-Verantwortlichen schnellstmöglich ein Konzept erarbeitet und vorgestellt wird, wie die öffentliche Sicherheit, insbesondere für Frauen und Mädchen vor sexuellen Übergriffen in Kassel binnen kürzester Frist verbessert werden kann.

**Begründung:**

Nach Jahrzehnten freiheitlicher Entfaltung der Persönlichkeit haben Frauen heute vermehrt Angst, sich zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten aufzuhalten oder öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Diese Entwicklung ist hoch gefährlich. Sie gefährdet neben der Sicherheit von Frauen und Mädchen die innere Sicherheit insgesamt, da sie die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens und das Gewaltmonopol des Staates infrage stellt.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordneter Dieter Gratzner

gez. Dieter Gratzner  
Fraktionsvorsitzender

**Vorlage Nr. 101.18.159**

21. Juni 2016  
1 von 1

## **Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Kassel**

### **Antrag**

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit allen zulässigen Mitteln und in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen Sorge dafür zu tragen, dass die Sicherheit aller Kasseler Bürgerinnen und Bürger im gesamten Stadtgebiet spürbar verbessert wird.

Hierzu gehören unter anderem der verstärkte Einsatz von Fußstreifen, der Ausbau der zum Teil bereits heute vorhandenen Videoüberwachung und der Einsatz von weiterem Sicherheitspersonal an entsprechend gefährdeten Bereichen.

Außerdem soll an den Schulen der Stadt ein entsprechendes Angebot zur Ausbildung in Selbstverteidigung eingerichtet werden.

### **Begründung:**

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett  
Fraktionsvorsitzender

**Vorlage Nr. 101.18.160**

21. Juni 2016

1 von 3

**Kassel lässt keinen Raum für sexuelle Gewalt an Frauen****Gemeinsamer Antrag****zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Kassel ist eine offene und bunte Stadt, in der sich besonders auch die Einwohnerinnen ohne Angst selbstbestimmt und frei bewegen können. Die Stadt Kassel hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Angsträume und potentielle Gefahren von sexuellen Übergriffen zu reduzieren. In einem Netzwerk von Akteurinnen und Akteuren wird beständig über sexuelle Gewalt an Frauen beraten und an der Vermeidung solcher Taten gearbeitet. Dennoch kommt es immer wieder zu sexuellen Übergriffen, die uns mit großer Sorge beschäftigen. Daher stellen wir erneut entschlossen fest: Jeder sexuelle Übergriff ist einer zu viel. Die Stadtverordnetenversammlung wird die Opfer sexueller Gewalt nicht alleine lassen. Kassel ist kein Ort für sexuelle Übergriffe auf Frauen. Mit dieser Botschaft bekräftigt die Stadt Kassel erneut ihre Aktivitäten, sexuelle Gewalt an Frauen nach Kräften zu bekämpfen.

1. Die Stadt Kassel unterstützt die Kampagne „Nein heißt Nein!“, mit der der Bundesgesetzgeber aufgefordert wird, eine Neufassung und Verschärfung des Sexualstrafrechtes bundesweit einheitlich vorzunehmen. Die Bereitschaft der Bundesregierung, diesen Grundsatz in das Strafrecht aufzunehmen, begrüßen wir ausdrücklich. Auch für vermeintlich geringfügigere Tatbestände wie verbale Übergriffe oder „Grapschen“ braucht es eindeutige gesetzliche Regelungen zum Schutz der Frauen. Das Strafrecht ist Teil der rechtsstaatlichen Ordnung, die in Deutschland für alle Menschen gilt.
2. Das Land Hessen ist für die Verfolgung von Straftaten zuständig. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft ermitteln regelmäßig und gründlich beim Anfangsverdacht sexueller Gewalt – unabhängig von der Herkunft des Täters, des sozialen Status, des familiären Hintergrundes oder sonstiger Merkmale. Wir fordern das Land Hessen auf, in diesem Bemühen nicht nachzulassen und danken für die bisherige Zusammenarbeit und den Informationsaustausch.

3. Die Stadt Kassel ermutigt Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt wurden, sich den staatlichen Stellen anzuvertrauen. Durch die Möglichkeit zur verfahrensunabhängigen Spurensicherung im Klinikum besteht in Kassel zusätzlich die Möglichkeit, dass Frauen sich vertrauensvoll und anonym an medizinische Fachkräfte wenden können. Und selbst entscheiden können, wann die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet wird. Diese Aufklärungsarbeit fördert die Stadt Kassel in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Kassel weiterhin.
4. Die Stadt Kassel wird weiterhin den jährlichen Präventionstag organisieren, um die Kasseler Bevölkerung über Möglichkeiten des zivilen Engagements gegen Gewalt zu informieren und gerade auch gegen sexuelle Gewalt an Frauen entschlossen vorzugehen. Das Motto „Gewalt – Sehen – Helfen“ steht seit vielen Jahren für die präventive Arbeit der Stadt Kassel.
5. Den fortlaufenden Austausch mit den Sicherheitsorganen wie Polizei und Staatsanwaltschaft sowie engagierter Vereine und Verbände mit der Stadt Kassel wollen wir über Runde Tische zum Beispiel auch im Austausch mit dem Landkreis Kassel weiterführen. Unabhängig von der medialen Darstellung und der subjektiven Empfindung muss der fachliche Austausch von Informationen zum Beispiel der Kriminalstatistik oder für aktuelle Phänomene Vorrang haben vor unsachlichem Aktionismus.
6. Die Stadt Kassel hat die Ereignisse von Köln zum Anlass genommen, innerhalb der Stadtgrenzen ähnliche Ereignisse verstärkt zu ermitteln, um im Vorfeld von Veranstaltungen mit den Sicherheitsbehörden geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehört auch, Frauen über die Vorgehensweise potentieller Täter und Tätergruppen zu informieren und so auch zu schützen. Das systematische und organisierte Vorgehen von mehreren Personen gegen eine Frau ist ein krimineller Ablauf, der nicht unbemerkt erfolgt. Gerade im öffentlichen Raum oder bei Großveranstaltungen werden wir in der Stadt Kassel genau hinschauen. Wir rufen die Kasseler Bevölkerung auf, diese Art von Vorgängen bei den zuständigen Stellen zu melden.
7. Die Stadt Kassel wird weiterhin die Arbeit von Einrichtungen wie dem Autonomen Frauenhaus, dem Mädchenhaus, der Anlaufstelle für Mädchen Malala in der Kasseler Innenstadt sowie dem Verein Frauen informieren Frauen – FIFe.V. und der Kasseler Hilfe und zahlreichen weiteren Einrichtungen unterstützen und mit ihnen und den staatlichen Organen über Sicherheitsfragen beraten. Bei diesen Akteuren besteht eine hohe konzeptionelle Erfahrungen und Kompetenz, die in der Stadt Kassel seit den frühen 1980er Jahren eine sehr gute Arbeit für den Schutz von Frauen vor sexuellen Übergriffen leisten.

**Begründung:**

3 von 3

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus

Anke Bergmann

Stellv.

Fraktionsvorsitzende SPD

Dr. Norbert Wett

Fraktionsvorsitzender

CDU

Eva Koch

Stellv.

Fraktionsvorsitzende

B90/Grüne

Matthias Nölke

Fraktionsvorsitzender

FDP

**Vorlage Nr. 101.18.162**

22. Juni 2016  
1 von 2

## **Modernes Sexualstrafrecht schaffen und anonyme Spurensicherung sicherstellen**

### **Antrag**

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung Kassel begrüßt die geplante Reform des Sexualstrafrechts und fordert den Magistrat auf über die Gremien des Deutschen Städtetages auf die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat einzuwirken, damit

- 1) die gesetzlichen Regelungen so verändert werden, dass alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe gestellt werden.
- 2) eine flächendeckende Infrastruktur zur anonymen Spurensicherung geschaffen wird und die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitgestellt werden.
- 3) über das Bildungssystem und Informationskampagnen dafür sensibilisiert wird, dass Frauen und Kindern ein Recht auf sexuelle Selbstbestimmung zusteht und sexuelle Übergriffe strafbar sind.
- 4) für alle Opfer von (Sexual-)Straftaten ein schneller und kostenloser Zugang zu den benötigten Hilfsangeboten sichergestellt wird.

### **Begründung:**

Derzeit ist sexuelle Belästigung nicht strafbar. Vergewaltigung bleibt oftmals straffrei, weil nach dem bisher geltenden Recht sexuelle Handlungen, die gegen den Willen einer/eines Beteiligten erfolgen, nicht per se unter Strafe gestellt sind. In der Regel wird als Voraussetzung für eine Strafbarkeit verlangt, dass das Opfer sexueller Übergriffe sich massiv gewehrt haben muss – was bei überraschenden Angriffen oft gar nicht möglich ist.

Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite des Bundesverbandes der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff). Dort sind zur Kampagne "Nein heißt Nein! - Für ein modernes Sexualstrafrecht" umfangreiche Infomaterialien verfügbar: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/> Neben einem besseren rechtlichen Schutz durch ein Sexualstrafrecht, dass alle nicht einvernehmlichen sexuellen Handlungen unter Strafe stellt, bedarf es auch einer besseren Unterstützung der Opfer von Straftaten. Außerdem sollte über das Bildungssystem und Informationskampagnen klar gestellt werden, dass sexuelle Übergriffe kein Kavaliersdelikt sind.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Lutz Getzschmann  
Fraktionsvorsitzender

## AfD

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel  
Telefon 0561 787 3265  
Telefax 0561 787 3266  
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

22. Juni 2016  
1 von 2

**Vorlage Nr. 101.18.132**

### Extremismus

#### Geänderte Anfrage

#### **zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

##### Prolog

Nach aktuellen Erkenntnissen von Verfassungsschutz, BKA, LKA und kommunalen Polizeibehörden haben Extremismus und damit verbundene politisch und/oder religiös motivierte Straftaten in Deutschland stark zugenommen wobei hier mehr Augenmerk auf die mit der Gewaltkriminalität einhergehenden extremistischen Straftaten wie z.D. Raub, Körperverletzung, Sachbeschädigungen Diebstahl, Brand- und Farbbeutelanschläge etc. und weniger auf sogenannte Propagandadelikte gelegt werden soll.

Wir fragen den Magistrat:

Daher bittet die AfD- Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Kassel um Auskunft darüber, welche Maßnahmen, Methoden und Finanzmittel zur Bekämpfung und Prophylaxe solcher Tendenzen mit welchem Ergebnis bereitgestellt wurden und werden und zwar getrennt nach:

- a. gegen Rechtsextremismus
- b. gegen Linksextremismus
- c. gegen religiös motivierten Extremismus

Des Weiteren bitten wir um Auskunft darüber, ob und wenn ja, in welchem Umfang die Stadtverwaltung direkt oder indirekt (z.B. über das Bündnis gegen Rechts, Freistellung von Arbeitnehmern zu Demos) oder die Antifa logistisch und/oder finanziell unterstützt.



Ob Straftaten in der Stadt mit Benennung der Straftäter nach Alter, Nationalität und Geschlecht erfasst werden und welche dieser Straftaten keine Aufnahme in die aktuelle Polizeistatistik finden, wie z.B. einfacher Ladendiebstahl, Rauschgiftkleinkriminalität, Sachbeschädigung, Kleinbetrügereien, einfache Körperverletzung, Handtaschenraub etc. 2 von 2

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Dieter Gratzner  
Fraktionsvorsitzender

**Vorlage Nr. 101.18.133**

**3. Juni 2016**  
**1 von 1**

## **Aktivitäten der salafistischen Szene in Kassel**

### **Anfrage**

### **zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat aktuell über die Aktivitäten der salafistischen Szene in Kassel?
2. Wie beurteilt der Magistrat die Veranstaltung am 07./08.05.2016 in der Al-Madina-Moschee an der Schäfergasse 2?
3. War dem Magistrat im Vorfeld bekannt, dass bei dieser Veranstaltung ein radikalislamischer Prediger auftritt?
4. Waren bei der Überwachung dieser Veranstaltung auch Kräfte des Ordnungsamtes eingesetzt?
5. Was unternimmt der Magistrat, damit künftig derartige Veranstaltungen mit diesen radikalen Hintergründen nicht mehr in Kassel stattfinden?

Fragesteller/-in:      Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett  
Fraktionsvorsitzender

**Vorlage Nr. 101.18.134**

**10. Mai 2016**  
**1 von 1**

**Maßnahmen zur Vermeidung von Fehlern im Wahlverfahren**

**Antrag**

**zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung darzulegen, mit welchen Mitteln und Maßnahmen künftig Fehler der Verwaltung - wie jetzt bei der anstehenden Wiederholungswahl zum Ortsbeirat Mitte geschehen - vermieden werden.

Berichterstatter/-in:                    Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Norbert Wett  
Fraktionsvorsitzender